

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil W. Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindan, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1920, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsschick 1. Nachtrag, Seite 17. Bezugspreis: Vierteljährlich einchl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Beim Abbestellen vom Verlag und den Ausgabestellen Vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 3.70 Mk. Bei den Postämtern Viertelj. 18.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. ohne Befehlszahl. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die gesonderte Kopiergebühr 1.00 Mk., im Restmetall Seite 1.30 Mk., Vereinsstellen Seite 50 Pf. Anzeigen-Nachdruck geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Forderung erfolgt. — Hofschloßstr. Nr. 25/26 Berlin.

Nr. 198.

Magdeburg, Mittwoch den 25. August 1920.

31. Jahrgang.

Intrigen gegen einen General.

Von einem Beamten unserer Sicherheitspolizei wird uns geschrieben:

Sämtliche Beamten i. U. und auch ein großer Teil der Beamten i. O. der Sicherheitspolizei atmeten auf, als nach dem Kapp-Putsch, an dem er und so der ganze Stab stark beteiligt war, der Kommandeur, Oberst Graf v. d. Schulenburg, „zurücktrat“, natürlich ganz freiwillig. Als der Stab von Weimar über Erfurt endlich nach Magdeburg kam, begann ein Wettrennen um die Kommandeursstelle. Der Oberpräsident aber lehnte alle Angebote ab und holte den jetzigen Kommandeur General von St. Ange. Noch ehe der General kam, tuschelte man sich in die Ohren und man hörte: „Er soll Demokrat sein!“ Man traute nun seinen Augen und Ohren nicht, als der General da war. Ein Mann, der fast nichts mit einem preussischen General gemein hat; schlicht, einfach, für jeden Beamten ein freundliches Wort, abhold allem militärischen Firlefanz. Er verbot das so „beliebte“ Monokel und sonstige militärische Abzeichen, hielt vor den versammelten Offizieren des Stabes und der Magdeburger Sipo eine sehr vernünftige Rede, in der er hinwies, wir seien keine Soldaten, sondern Polizeibeamte, sollen stets ruhig und die Gunst des Publikums erwerben, wir sollen uns nicht wie die Offiziere des Heeres abschließen, sondern uns als Mitglieder des Volkes fühlen usw.

Diese Rede, gegen die bereits, als sie gehalten wurde, geburnt wurde, löste am andern Tage im Stabe Sturm aus. Der Vertreter des Generals, Major Brudman, rief alle Offiziere zusammen und er wie Rittmeister Dehne protestierten heftig gegen die Rede und die Bezeichnung Beamte — die Herren wollten Offiziere bleiben — sie schlossen mit der Aufforderung, sich dem Protest anzuschließen. Alles schwieg bis auf einen Kameraden, der sich mit der Rede des Generals völlig einverstanden erklärte. Darauf ging alles auseinander. Im Stabe begannen sich die Geister zu scheiden.

Dieser Vorgang und die bisherige Haltung des Generals hätte man ihm verziehen, wenn er nicht noch mehr gemacht hätte. Er nahm die Leitung selbst in die Hand, arbeitete unermüdlich und ordnete an, daß ohne sein Wissen und seinen Willen nichts gemacht wurde. Ein General, der arbeitet, sich selbst um alles kümmert, den Vertreter — der sich selbst gern „Chef“ nannte — nur als Vertreter und Hilfe betrachtet, ist aber nun bei einem früheren Generalstabschef undenkbar. Es begann

gegen den General eine wilde Hetze,

und zwar sofort nach zwei Fronten. Unter den reaktionären Offizieren nennt man ihn heute nur noch den „Abtrünnigen“ und will ihn damit verächtlich machen. Den Beamten i. U. gegenüber aber behauptet man, der General sei ein Unreaktionär, der alles militärisch machen will, nichts für die Beamten übrig habe und so weiter. Diese unerhörten Verunglimpfungen schlen über die ganze Provinz zu gleicher Zeit ein. Mehr noch: unter den Offizieren im ganzen Reich.

Das Beste aber kommt noch. Inzwischen begann der Oberst Weber, Kommandeur der Gruppe in Erfurt, sich direkt aufzulernen, nachdem er sah, daß man ihn wegen des Kapp-Putsches nicht hinausgeworfen hatte. Was Weber sich in 20 und noch mehr Fällen geleistet, ist ein Skandal und in der Armee wäre er für jeden einzelnen Fall geflogen. Mit Weber spielte sich die Sache immer mehr zu, er wurde seines Amtes enthoben. Nun drehte Weber den Spieß um und mit Hilfe aller Reaktionäre begann er einen Kampf gegen den General. Das gegen Weber zusammengebrachte Material war für diesen niederschmetternd und man erwartete jeden Tag seine Entlassung. Statt dessen aber wurde eine Kommission zur Untersuchung angekündigt. Dagegen war nichts zu sagen, zumal der Offizier des Ministeriums, Major Stouts, ein Jurist und ein ebenso objektiver wie unparteiischer Mann ist, wie er erst hier vor einigen Wochen bewiesen. Aber die vollständig

reaktionäre Abteilung der Sipo im Ministerium

des Innern, die von Brunn, Schwandt und Zurborn hatten anders beschlossen. Es erschien eine fünfköpfige Kommission, an der Spitze der überreaktionäre Major Cronau, ein weiterer Offizier, zwei Wachmeister und der Zivilkommissar der Sipo Berlin. In dieser Kommission war nun kein Jurist, kein Polizeioffizier, und da man den einzigen Kenner und Beherrscher der Sache, den Zivilkommissar, die Verhandlung nicht führen ließ, so war kein Mensch dabei, der eine Verhandlung führen, geschweige denn die Frage klären konnte. Wie heute im Stab erzählt wird, soll Herr Cronau dem Oberpräsidenten erzählt haben, der Minister habe einen Vertreter des Oberpräsidenten bei den Verhandlungen abgelehnt. Als der Oberpräsident dieses am andern Tage richtiggestellt hat,

sollte es der Oberst v. Brunn gemessen sein, der diese Idee ausgeheckt hat.

Dann hat der Vertreter des O. P. an der Verhandlung teilgenommen, als er aber eine Frage stellen wollte, verbot Major Cronau dieses, darauf gab der Regierungsrat eine Erklärung gegen diese Art Verhandlung ab und entfernte sich. Die Verhandlung selbst war ein — Novum. Nicht Oberst Weber war der Angeklagte, sondern der General! Und alle Reaktionäre: die Brudmann, Pehlemann, Sachs 1 usw., die früher nicht genug auf Weber schimpfen konnten, zogen jetzt Krin in Krin mit Weber gegen den General.

Der Zivilkommissar durchschaute das Spiel, versuchte auch oft einzugreifen, aber auch er hatte alle gegen sich, oder man „widerte“ ihn ein.

Nach dieser „unparteiischen Verhandlung“, wie Herr Cronau immer betonte, mußte er sich von drei Kameraden bittere Wahrheiten sagen lassen, wobei der eine die Verhandlung als eine niedergeworfene Par.erklichteit gegen den General bezeichnete. In dieser Angelegenheit ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Aber es ist wohl gestattet, an den Herrn Oberpräsidenten als unsern Chef

folgende Fragen zu richten:

- 1. Ist bekannt, daß der schlimmste Kappist, Major Brudmann, der hier entfernt wurde, jetzt in Hannover zum Abteilungscommandeur ernannt ist?
- 2. Wie lange bleiben die Pehlemann und Runge, die gegen den General dauernd Stellung nehmen, noch hier im Stabe?
- 3. Warum ist der Major Sachs 1 nicht schon lange entfernt?
- 4. Wird dem General Genehmigung verschafft wegen des unerhörten Vorgehens des Majors Cronau?
- 5. Warum werden die aus dem Kapp-Putsch beurlaubten Offiziere, gegen die Entlassung beantragt ist, nicht entlassen, obgleich sie nun monatelang nichts tun und ihr Gehalt weiter beziehen. Wer verschleppt eigentlich die Sache?

Herr Oberpräsident, fassen Sie nur kräftig zu und schaffen Sie Ordnung. Entfernen Sie all die reaktionären Herren und Stähler mit eisernem Wesen. Es gibt genug gute demokratische Offiziere, und diese werden kommen, wenn endlich die Verleumdungskampagne gegen den General und neun Zehntel der gesamten Beamenschaft aufhört. —

Putsch-Nachlese.

Arm in Arm mit der deutschnationalen „Magdeburger Tageszeitung“ zieht die pseudodemokratische „Magdeburgerische Zeitung“ gegen uns zu Felde, weil wir die letzten Putsch in Rötten, Schönebeck und Staßfurt als Spitzelarbeit bezeichnet haben. Das erste Blatt hat sogar herausgefunden, daß wir uns „eigentlich des Hoch- und Landesverrats schuldig“ machen, wenn wir nämlich Spitzelarbeit als Spitzelarbeit bezeichnen. Wermutlich sucht das gelbe Blatt die Lebensberechtigung der „Orge“ mit den R.-N.-P.-D.-Hanswurftstreichen zu rechtfertigen. Gerade aber der tägliche Ausgang dieser Abenteuer beweist doch, daß von der tiefgreifenden Organisation der radikalen Umstürzler, von der die Reaktionäre zu fliehen und sagen wissen, recht wenig vorhanden ist, und von den schlagbereiten roten Armeen schon gar nichts. Sie waren Spitzelergebnisse, wie wir nachgewiesen haben, und Spitzelarbeit sind letzten Endes auch die selbigen verpufften Putsch der letzten Tage. Die „Magdeburgerische“ will aus der Tatsache, daß in Rötten an der Spitze des Volkzugsrats der Vorsitzende der R. P. D. stand, schließen, daß es unwahrscheinlich sei, daß diese Leute „kapitalistischen Drahtzieher“ zuliebe ihre Tollheiten aufzuführen.

Es hies oft Gefagtes zum tausendstenmal wiederholten, wenn wir darauf hinweisen wollten, daß gerade Leute, die nur eine schwache Vorstellung von den Zusammenhängen des Wirtschaft- und Weltbetriebes haben, am leichtesten die Opfer von Leuten werden, die ihnen Phantastiegebilde vorgaukeln und ihnen einreden, daß sich mit „revolutionären“ Gewaltstreichen wirtschaftliche Entwicklungsstufen einfach überspringen ließen. Zudem hat uns die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gelehrt, daß die reaktionären Regierungen der Vergangenheit immer ihren polizeilichen Spitzelapparat spielen ließen, wenn sich Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft bemerkbar machten, die in ihren Kämpfen den gesetzlichen Rahmen sprengen wollten; sie förderten diese Bestrebungen und ließen die Felle ausklappen, sobald es ihnen genehm war. Die wirklichen, ernstlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Verbesserung ihrer Lage aber

wurden dadurch aufs schwerste getroffen. Sie mußten aus Eile des Geldsacks blühen, was

Phantasten und Spitzel ausgeheckt und gesteuert hatten. Heute haben durch den Krieg erzeugte Milliarden- und Finanzsyndikate diese Arbeit übernommen, und überschnappte Nationalisten, Großagrarier, verärgerte höhere Beamte, durch den Friedensvertrag geschädigte Offiziere aller Grade und Steuerinteressenten bilden ihr Gefolge. Daran kann ein Zweifel überhaupt nicht bestehen nach all den Dokumenten, die uns unsere Spitzelentwürfe gebracht haben.

Nach dieser Vorrede haben wir noch einiges aus den Ruhmestagen der

„Mäterepublik Rötten“

nach Mitteilungen unser Parteilorgans in Verneburg nachzutragen:

„Die Vorgänge nahmen nach ihm nachts um 12 Uhr mit der Besetzung des Rathauses und der Entwaffnung der Polizei ihren Anfang. Ungefähr 100 Mann, bewaffnet mit Gewehren und Handgranaten, hielten das Rathaus umstellt. Im Anschluß daran wurden die andern wichtigen Gebäude, Post, Volkstechnikum und Eisenbahn besetzt und somit jegliche Verbindung mit den Nachbarstädten unterbunden. Wie schon immer bei solchen Vorkommnissen, wurden auch hier die Porten der Gefängnisse geöffnet und alle Insassen in Freiheit gesetzt. Bei dieser Gelegenheit fielen den „Vereinigten“ noch zwanzig Gewehre in die Hände, die im Amtsgerichtsgefängnis aufbewahrt wurden. Interessant wäre es, festzustellen, aus welchem Grunde und von welcher Seite gerade hier 20 Gewehre gelagert wurden. Nachdem die bewaffnete Macht sich so der öffentlichen Verkehrsmittel bemächtigt hatte, wurden die wichtigsten Straßenausgänge der Stadt besetzt und innerhalb der Stadt selbst ein reguläres Patrouillendienst durchgeführt. Auch beschlagnahmte Autos mußten diesem Zwecke dienen. Durch Besetzung des Elektrizitätswerks wurde den größern Fabriken die elektrische Kraft entzogen und die Arbeiterschaft so zum Feiern gezwungen. Früh 6 Uhr wurden unsre

Genossen Ohland und Sommer festgenommen

und sollten dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt werden. Auf energischen Einspruch dagegen wurde ihrem Verlangen, mit den Führern zu verhandeln, stattgegeben und erfolgte ihre Ueberführung nach dem Rathaus, wo sich der Volkzugsratsausschuß der neuen Mäterepublik niedergelassen hatte. Mit den Führern Boas und Ritter konnte aber nicht verhandelt werden, da sie schon frühmorgens um 5 Uhr in Vorahnung der kommenden Dinge Fersengeld gegeben hatten. Beide Inhaftierte protestierten gegen ihre Festnahme und wurden dann nach 2 Stunden freigelassen.

Früh um 10 Uhr fand dann eine Versammlung im „Konzerthaus“ statt, in der von einem der Leiter der Bewegung, einem gewissen Raute, den Erschienenen in einem komischen Vortrag die Mitteilung wurde, daß sie, die Führer, zwar selbst nicht wüßten, wie es in den andern Orten stände, daß

aber für Rötten die Mäterepublik ausgerufen sei, deren nächstes Ziel die Abschüttelung des französischen Joches sei.“ Der Vollständigkeit halber sei hier auch die Proklamations Rötthens zur Mäterepublik mitgeteilt. Sie lautet:

Bekanntmachung.

Es wird hiernit für Stadt und Kreis Rötten die Mäterepublik ausgerufen. Die Gewalt der Stadt und des Kreises Rötten liegt bis auf weiteres in den Händen des unterzeichneten Volkzugsratsausschusses.

Wer auch immer der Minderung, des Einbruchs oder Wortes überführt wird, wird standrechtlich erschossen. Ansammlungen von mehr als drei Personen auf den Straßen sind verboten.

Sämtliche Geschäfte, Lokale, Theater und Kinos bleiben bis auf weiteres geschlossen.

Alle Arbeiter, welche der Arbeiterwehr angehören, haben sich bis mittags 12 Uhr auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 10, zu melden.

Zwiderhandlungen gegen letzteres werden mit den schwersten Strafen belegt. Die Polizei behält ihre Machtbefugnisse.

Der Volkzugsrat.

Die militärische Oberleitung.

Er forderte weiterhin zum Eintritt in die rote Armee auf, deren Aufmarschgebiet Sachsen-Anhalt sei. Die Kerntruppe der roten Armee bestand aus unreifen jungen, zum Teil 16jährigen Burschen und aus Elementen, denen sonst schon jeder anständige Arbeiter in großem Maße aus dem Wege ging. Es war daher von vornherein mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Vergehen irgendwelcher Art vorkommen würden. So wurde u. a. zwangsweise Verpflegung der roten Armee in den ersten Tagen gegen Aufscheine ohne Namensunterschrift vorgenommen. Ebenso mußten Wäcker- und Fleischkäben das Fehlende ergänzen, auch die Molkerei mußte 18 Pfund Butter herausrücken.

Als nun im Laufe des Tages bekannt wurde, daß die Sicherheitswehr und Reichswehr von Verneburg und Dessau im Anmarsch sei, begann nachmittags gegen 3 Uhr die panikartige Flucht der „Roten Armee“.

Sie zog sich zurück in den Jasanenbusch, um sich zur Verteidigung einzurichten. Ein Teil warf schon vorher die Flinte ins Korn. Mit der Sicherheitswehr fand in der Gegend von Geuz ein kleines Gefecht statt, das unblutig verlaufen ist. Der Traum der Mäterepublik war ausgeträumt, für manchen dürfte es ein un-

angenehmes Erwachen geben. Vielen Arbeitern, die schwankend in ihren politischen Ansichten sind, dürften durch dieses Mä-
Experiment die Augen für immer geöffnet sein.

Im übrigen hat das Straßenleben Köthens das ge-
wohnte Bild. Arbeiterschaft und Bürgerschaft verhielten sich
den „roten Truppen“ gegenüber vollkommen ruhig, somit war der
Beweis erbracht, daß das Gros der Köthener Arbeiterschaft nur
ihren wirklichen Führern Vertrauen entgegenbringt. Von den
sozialdemokratischen Parteien und dem Gewerkschaftsverband wurde
in einem Aufruf zur Ruhe und Besonnenheit aufgefordert. Dies
hat jedenfalls mit zu dem ruhigen Verlauf der Dinge beigetragen.
Der Aufruf hatte folgenden Wortlaut:

Aufruf an die gesamte Bevölkerung!

Die unterzeichneten Organisationen richten an die ge-
samte Bevölkerung die dringende Bitte, den gegenwärtigen Zu-
ständen gegenüber Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.
Sie erklären ferner, daß sie an der bewaffneten Aktion
keinen Anteil haben und jede Verantwortung ablehnen.

Da in den Nachbarstädten vollkommene Ruhe herrscht, ist
damit zu rechnen, daß auch am hiesigen Orte binnen kurzem
die Ordnung wiederhergestellt sein wird.

Wir erfordern die Einwohnerschaft dringend, bei einem
eventuellen Einmarsch der Reichs- oder Sicherheitswehr ihre
Wohnungen nicht zu verlassen, damit unnützes Blutvergießen
vermieden wird.

Da mit Bestimmtheit damit zu rechnen ist, daß die
nationale Spitzelorganisation hier ihre Hand mit
im Spiele hat, ist ganz besondere Vorsicht geboten.

Köthen, den 21. August 1920.

Für das Gewerkschaftsblatt

Willy Günther.

Für die Soz. Partei
Mag. Ohland.

Für die N. S. P. D.
Mag. Walter.

Gegen 7 Uhr abends zog dann die Reichswehr von Dessau
in Köthen ein. Zu tun gab es für sie nicht mehr viel. Ein Teil
der Reichswehr hat in der Nacht zum Sonntag Köthen schon
wieder verlassen, und ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß
der Belagerungszustand im Laufe des heutigen Tages wieder
aufgehoben wird.

Ueber die

Rolle des Oberleutnants Berg.

der inzwischen in Halle verhaftet worden ist, weiß die Lei-
tung der Hohenfelder Unabhängigen im dortigen „Volksblatt“ fol-
gendes zu melden:

Abends gegen 7 Uhr erschienen die Genossen, die beauftragt
waren, in Köthen die Angelegenheit zu regeln und erklärten, daß
der Leiter der ganzen Aktion, Dr. Berg, sich der Verhaftung
entziehen wolle, und zwar, als ihm mitgeteilt wurde,
daß Reichswehrtrouppen im Anmarsch seien. Die Genossen
erfahren weiter, daß Berg in der Nacht den Köthener
Arbeitern dreitausend Mark zur Ver-
fügung gestellt hatte, da die Arbeiterschaft vollkommen
ohne jede Geldmittel war. Als er darauf aufmerksam gemacht
wurde, daß unbedingt jemand dableiben müßte, der die Ver-
handlungen mit der Reichswehr als Verantwortlicher übernehmen
könnte, erklärte er, daß er dafür nicht in Frage kommen könne,
er sei —

„Staatsbeamter, Oberlehrer und Oberleutnant
der Reserve“.

Als unsere Genossen darauf bestanden, daß man sich nicht
durch die Flucht der Verantwortlichen entziehen sollte, drohte Doktor
Berg damit, sich zu erschließen. Weiter wurde von unsern Ge-
nossen festgehalten, daß Berg sich seit Mittwoch in Magde-
burg befinden hatte, und daß er dort angeblich von Kom-
munisten zurückgehalten worden sei. In der Nacht zum Sonn-
abend gegen 1 Uhr ist er zurückgekommen und hat erklärt, daß
die Köthener Arbeiterschaft „sofort losgeschlagen“ müßte.
Da die Arbeiterschaft nicht in diese plumpe Falle ging, hat er
aller Wahrscheinlichkeit nach noch von Magdeburg aus ein Tele-
gramm an die Ortsverwaltung der N. S. P. in Köthen richten
lassen, das da sagte, daß „unbedingt losgeschlagen“ werden sollte.
Nach Ankunft des Telegramms setzten sich die Mitglieder der
N. S. P. mit Berg in Verbindung und dieser forderte nun, daß
unbedingt sofort die Aktion begonnen werden müßte. Unter
seiner Leitung haben sich dann die Ereignisse abgespielt.

Der Raubzug in Staßfurt.

Das war Köthen. Ueber Schönebeck haben wir gestern
schon ausführlich berichtet. Jetzt noch Staßfurt. Von dort
wird uns geschrieben:

Kaum hatte die Bevölkerung Kenntnis davon erhalten,
wie in Belber, Köthen und so weiter die kommunistische Arbeiter-
partei auf die Lockspitzeln von rechts hineingefallen ist, da
gingen auch die Magdeburger Lockspitzel ans Werk, um auf dem
für sie sehr günstigen Boden in Staßfurt ihren Spud aufzu-
führen. Es mußte doch die Absicht eines planmäßigen Vor-
gehens der linksradikalen Vorhut sein, um den Weizen der
Rechtsradikalen zum Mühen zu bringen. So erschien plötzlich
am Sonnabend morgen der jastam bekannte Former Rothke
aus Neudorf, der am Staßfurter Posttraub beteiligt war
und seitdem fleißig verfolgt wird und der N. S. P. D. an-
gehört, auf der Wildbahn. Trotz des Streikbrieftags ging er ganz
ungeniert in den Sauerbrotbäckerei Betrieb und forderte seine
Kollegen auf, sofort den Betrieb zu schließen, da die Stunde der
Befreiung geschlagen, das Proletariat sich überall erhoben habe
und so weiter. Obwohl vernünftige Arbeiter Bedenken vor-
brachten, gelang es ihm doch, den Betrieb zu räumen, ebenso die
Betriebe von Mittel, Lüd und die Fabrik Friedrichshall, obgleich
sogar einige Polizeibeamte hinter ihm her waren, um ihn zu
verhaften. In allen übrigen Betrieben sind die Arbeiter, durch
die vielen trübten Erfahrungen gewarnt, auf den Schwindel nicht
hineingefallen.

Zu 2 Uhr nachmittags wurde eine große
Versammlung angesetzt,

die über die Ergreifung der öffentlichen Ge-
walt, Ausrufung der Räterepublik und ähnliche kommunistische
Schätze beschließen sollte. Diese Versammlung hat auch statt-
gefunden, indes groß war sie nicht, es haben sich insgesamt etwa
150 Menschen eingefunden. Aber sechs Bewaffnete waren zu
sehen und auch ein Maschinengewehr! Acht Mann wurden be-
stimmt, um das Rathaus zu besetzen und ebenso viele für die Post.
Zur Ausführung dieser Befehle ist es nicht gekommen, da man
angesichts der schwachen Teilnahme eine neue Versammlung auf
5 Uhr im „Fürstentum“ einberief. Sie war gut besucht, und die
drei auswärtigen Redner, deren Namen verheimlicht wurden,
redeten „hinein“. Aber auch sie fanden nur mäßigen An-
hang. Die N. S. P. D. Deute führten ihr neuestes Skedenpferd,
die politischen Arbeiterräte vor, deren sie einen auch in Staßfurt
zu errichten gedenken, und mit dessen Hilfe sie die Arbeiter vor
den kommunistischen Wagen zu spannen beabsichtigen. Der
politische Arbeiterrat soll nämlich den Übergang zur Räte-
diktatur bilden. Die Führer der Kommunisten und Unab-
hängigen wandten sich jedoch gegen alle revolutionären Gewalt-
maßnahmen, wie sie von den Magdeburgern verlangt wurden, weil
ja in Magdeburg selbst nichts unternommen sei. Als dann noch
die Nachricht kam, daß von Dessau ein ganzes Regiment nach
Köthen abgegangen sei, wirkte das sehr abkühlend auf die erhitzen
Gemüter, und deshalb wurde die Ausrufung der Räterepublik
auf bessere Zeiten vertagt.

Ganz Staßfurt ging bis auf gewisse Elemente beruhigt zu
Bette, um sorglos zu schlafen, bis es in der Nacht durch

Harles Schießen

hächst unanft gewandt wurde. Was war geschahen? Die
Kradisten waren mit Autos von Magdeburg ge-
kommen. Ihnen hatten sich ihre Gesinnungsgenossen
von Schönebeck, deren dortiger Zutritt mäßig war, an-
geschlossen. Ihre Staßfurter Freunde halfen kräftig mit. Zuerst
wurden die einzelnen oder zu zweien vorkommenden Solizei-
beamten entworfen. Dann wurden die Hauptstraßen mit
Maschinengewehrfeuer beschießen. Das Rathaus wurde von
einer Maschinengewehr und aus Gewehren beschossen, und dann
der Eingang erzwungen. Eine Plünderung der Kasse mißlang,
weil der Hausmeister des Rathauses angab, nicht im Besitz der
Schlüssel zu sein. Auf der Post wurden einige Geldbeutel mit
zusammen 7000 Mark „requiriert“, in der Filiale der Kreisbar-
kasse wurde der Bestand von 1700 Mark abgehoben. Der An-
sturm auf die Nebenkasse der Reichsbank mißlang. Ebenso die
beabsichtigte Geldverpressung in der Brauerei Gebr. Niemann.
Die Buchdruckerei Trippo sollte Plakate drucken, was aber nicht
geschahen konnte. Dafür wurde ein Portemonnaie mit 80 Mark
und ein Ring entwendet. Vorher aber war schon das Gerichts-
gefängnis geöffnet und die Insassen befreit worden. Der herbei-
eilenden Polizei gelang es, noch drei der Befreier zu fassen und
sie an die Stelle der soeben Befreiten zu setzen. Nachher wurden
auch sie wieder gewaltsam befreit.

Morgens zwischen 9 und 10 Uhr verschwand die
ganze auswärtige Gesellschaft einer nach dem
andern, nachdem einige Festnahmen erfolgt waren. Das Ver-
schwinden ging so heimlich und schnell, daß sie in ihrem Haupt-
quartier, dem „Schützenhaus“, sogar noch sechs Gewehre zurück-
ließen. Die Spitzel-Kaubtat war ohne Blutvergießen beendet,
und die N. S. P. D. hat den Beweis geliefert, daß sie keine
politische Partei ist, sondern eine organisierte Räuberbande, die sich
von bezahlten Spitzeln

gegen die Interessen der Arbeiter gebrauchen läßt. Hoffentlich
sind nun endlich den Arbeitern bis zum allerletzten gründlich die
Augen aufgegangen.

Das Geschäft in Staßfurt war allerdings nicht sehr lohnend,
es wird kaum die Unkosten eingebracht haben. Aber die Stadt, die
für den entstandenen Schaden aufzukommen hat, wird dennoch
schwer daran zu tragen haben. Am Sonntag nachmittag kamen
auf Veranlassung des Landrats, der den fortgesetzten Beunruhig-
ungen in Staßfurt entgegenzutreten zu müssen glaubt,
von Magdeburg zwei Hundertschaften der Sicherheitswehr an,
von denen aber die eine am Abend wieder abgerückt ist, die andre
bleibt vorläufig hier. Ihr erstes Werk war, eine starke Patrouille
im Auto nach Neudorf zu entsenden, um Notize zu verhaften,
der sich noch dort befinden sollte. Er konnte aber nicht ertwischt
werden.

Am Montag morgen ist in allen Betrieben die Arbeit
wieder aufgenommen worden. Auch die Sicherheitspolizei hat
gearbeitet und eine größere Anzahl von Personen verhaftet. Sie
füllen jetzt die Zellen des Gerichtsgefängnisses, die in der Sonn-
abendnacht geleert worden sind. Die Verhafteten haben sehr
schwere Strafen zu gewärtigen, der mildernde Umstand einer
politischen Erhebung kommt nicht in Betracht, weil eine solche in
der Tat nicht stattgefunden hat. Es war ein reiner Raubzug.

Staßfurt wird wenigstens für einige Zeit von einer Anzahl
von Elementen befreit sein, die der Stadt nicht zur Binde gereich-
en und viel Unwillen und Mißbehagen hervorgerufen haben. Sie
haben sich ihr Geschäft selbst zugeschieben. Die Polizeiverwaltung
hat aufgefordert, zur Vermeidung schwerer Strafen Waffen und
Munition bis Dienstag mittag 12 Uhr abzugeben. Sie fordert
auch zur Namhaftmachung derjenigen Personen auf, die am
Sonnabend und in der Sonntagnacht Waffen getragen oder zum
Waffentragen aufgefordert haben.

Dieser Schilderung unsers Vertreters haben wir noch eine
Verichtigung anzufügen. Unser Mitteilung, daß der von der
„Volkstimme“ in Verbindung mit unsern Spitzelentwürfen ge-
nannte Wötcher der Leiter der Staßfurter Putzschmiede
gewesen ist, trifft nach den Mitteilungen die uns Wötcher machte,
nicht zu. Wötcher kann nachweisen, daß er nicht in Staßfurt
gewesen ist. Wir glauben ihm das. Es ist wahrscheinlich, daß
Wötcher mit dem obengenannten fleißig gesucht und auch
jetzt noch nicht ertwischt. Rothke aus Neudorf in der Hitze
des Gefechts verwechselt worden ist. —

Oberschlesien.

Die Reichsregierung hat sich am Montag in
einer Sitzung mit den Vorgängen in Oberschlesien beschäf-
tigt. Die Ereignisse der letzten Tage wurden eingehend
durchgesprochen und alle Mittel erörtert, um diesem Gebiet
möglichst bald ruhige Zustände zu sichern.

Nach dem Friedensvertrag liegt es der Interalliierten
Kommission ob, Ruhe und Ordnung in dem Abstimmungs-
gebiet aufrechtzuerhalten. Die Reichsregierung bedauert
aufs tiefste, daß weite Teile von Oberschlesien sich in der
tatsächlichen Gewalt polnischer Insurgenten be-
finden und damit eine Lage eingetreten ist, welche unre-
schlesischen Brüdern in Bedrängnis bringt, die friedliche Ar-
beit, namentlich die Kohlenförderung, stört und die für das
gesamte europäische Wirtschaftsleben so wichtige Leistungs-
fähigkeit des Landes gefährdet. Die Reichsregierung hat
durch ihre Vertreter bei der Interalliierten Kommission in
Oberschlesien und durch ihre Botschafter in Rom, London
und Paris Vorstellungen erhoben und verlangt, daß die
Interalliierte Kommission mit völliger Unpartei-
lichkeit und mit allen Mitteln gegen den von
langer Hand durch politische Agitation vorbereiteten Auf-
stand vorgehe und das Leben und Eigentum der deutschen
Bevölkerung schütze.

Die Interalliierte Kommission in Opatowitz
hat erklärt, daß sie den gegenwärtigen Zustand als
eine Auflehnung gegen ihre Regierungsgewalt ansieht; sie
sei entschlossen, mit Nachdruck gegen die Aufständi-
schen vorzugehen, ihre Entwaffnung durchzuführen
und für schnelle Herstellung geordneter Zustände so-
wie für den Schutz der wehrlosen Bevölkerung Sorge zu
tragen.

Die deutsche Regierung hofft, daß es der Inter-
alliierten Kommission gelingen wird, diese Forderung zu er-
füllen und dem ihr anvertrauten Lande in Kürze die Ruhe
wiedergzugeben. Sie richtet ihrerseits an die Bevölkerung
von Oberschlesien die ernste und dringende Bitte, sich ruhig
zu verhalten und durch keinerlei Unbesonnenheit Vorwände
zu neuen Unruhen zu liefern. Die Bevölkerung Oberschle-
siens kann versichert sein, daß die deutsche Regierung die
oberschlesischen Interessen mit allen ihr zu Gebote stehenden
Mitteln vertreten wird, daß sie sich auf Geheiß und Verderb
mit Oberschlesien verbunden fühlt und nicht stillschweigend
hinnehmen wird, daß auch nur ein Fuß-

breit ober-schlesischen Bodens durch gewaltsame
Maßnahmen entgegen den Bestimmungen des Friedensver-
trags und gegen den Willen der Bevölkerung vom Deutschen
Reiche getrennt wird.

Im Laufe des Montagnachmittags ist überall im Auf-
landsgebiet durch Maueranschlag der Befehl zur sofortigen
Waffenabgabe kundgegeben worden. Im Kreise
Hybnik sind die italienischen Truppen eingerückt und
haben dort den Schutz von Eigentum und Personen über-
nommen. Das Kommando hat den bekannten Vorkämpfern,
die sich in diesem Gebiete immer besonders radikal
geäußert haben, ein Ultimatum gestellt, wonach die Auf-
standsbewegung sofort einzustellen ist, es würden andern-
falls durch die Militärbehörden die schärfsten Maßnahmen
ergriffen werden. Aus dem Aufstandsgebiet kommen zahl-
reiche Scharen von deutschen Flüchtlingen in Kattowitz, Wen-
schen und in Gleiwitz an, für die durch die öffentliche und
private Fürsorge Unterkunft und Verpflegung gestellt wer-
den muß.

Die Kohlenförderung ist auf weniger als die
Hälfte gesunken. 23 Schächte liegen vollkommen still. —

Sie rüsten!

Aus unserm Leserkreis geht uns folgende Mahnung zu:
„Am Freitag voriger Woche fuhr ich im D-Bus von Oberschlesien
nach Berlin und kam in der Gegend von Siegnitz mit einem o-
ber-schlesischen Gutsbesitzer ins Gespräch. Da ich mich über
das Treiben der sozialistischen Juden in Oberschlesien abfällig äußerte,
so hielt er mich anscheinend für einen Gesinnungsgenossen. Er
erzählte mir daher treuherzig, daß in Ostpreußen alles für
einen Putzsch vorbereitet sei. Auf dem Lande seien Waffen
massenhaft verteilt, entlassene Mannschaften der Reichswehr auf
den Gütern untergebracht und auf dem kleinsten Gute die nötigen
Pferde untergestellt, wo sie kostenlos verpflegt werden. Man warte
nur auf das weitere Vorbringen der Volksschützen, um in der all-
gemeinen Verwirrung loszuschlagen zu können.“

Diese Bemerkungen des ostpreussischen Gutsbesitzers beweisen, daß
die Enthüllungen über Orgesch nicht leicht zu nehmen sind.
Die Meldungen aus allen Teilen des Reichs zeigen immer deutlicher,
daß wir uns vor Ereignissen befinden, die nur allzusehr denen der
Kopftage ähneln. Allerhöchster Aufmerksamkeit der demokratischen
Kreise und Geschlossenheit der gesamten Arbeit-
erschaft bedarf es, um dem beabsichtigten neuen monarchistischen Putzsch
von vornherein das Lebenslicht auszublauen.“ —

Mecklenburg löst die Sipo auf.

Die Sicherheitspolizei in Mecklenburg-Schwerin hat sich während
der Kapp-Tage unter der Leitung des republikanischen Obersten Lange
als besonders zuverlässig für die Sicherung der Republik erwiesen. Sie
ist besonders den Reaktionen seit langem ein Dorn im Auge, besonders
seit sie gewagt hat, auch vor dem Afrikaner Lettow-Vorbeck nicht ins
Mausloch zu kriechen.

Jetzt hat nun die neue mecklenburg-schwerinsche Regierung
durch Erlass die Auflösung der Sicherheitspolizei ange-
ordnet, wie die nachstehende Drahtmeldung des Schweriner Korrespon-
denten des „Vorwärts“ mitteilt:

Am Sonnabend wurde von der Sipo ein neues großes
Waffenlager entdeckt. In einem Walde bei Bad Kleinen
wurden bezarben aufgefunden: 30 Maschinengewehre, einige 80
Gewehre und etwa 25 000 Schuß Munition. Die Waffen waren
frisch vergraben. Als Täter sind festgenommen zwei Wirt-
schaftsleute, ehemalige Offiziere, von einem Gute Hornb. bei
Befehlsmittel von Lüne. Das Gut liegt in unmittelbarer
Nähe von Wismar. Gutsnachbar ist der bekannte deutschnationale
Ingeordnete von Graefe. Die aus deutschnationalen und Deutschen
Volksparteilern bestehende mecklenburgische Staatsregierung hat heute
einen Erlass veröffentlicht, nach welchem die Sipo aufgelöst
wird und an deren Stelle eine Ordnungspolizei tritt.

Das Zusammentreffen der Waffenentdeckung am Sonnabend
mit der Veröffentlichung des Auflösungsbeschlusses am Montag ist —
natürlich! — nur ein ganz zufälliges. Es trifft sich auch nur ganz
zufällig, daß die neue mecklenburgische Regierung lediglich aus Deutschna-
tionalen und Deutsch-Volksparteilern besteht, also aus Reaktionen
reinen Wassers. Und daß diese Regierung ihre Existenz nur fristen
kann auf Grund der Tatsache, daß die — Unabhängigen ihr in den
Sattel halfen und sie darin festhalten. Diesen Umstand macht sich
die reaktionäre Gesellschaft zunutze und löst die republikanische Sicher-
heitspolizei auf, um daraus eine „Ordnungspolizei“ zu machen. Es
wollte uns sehr wundern, wenn man nicht plötzlich erwidern würde,
daß „leider“ für die verdienten Führer der Sipo in der Ordnungspolizei
keine entsprechenden Plätze frei sind. Vielleicht stellt man dafür
die Wirtschaftsleute ein, die so schön die Waffen vergraben konnten. —

Die Entwaffnungsbestimmungen.

Der parlamentarische Beirat zur Ausführung des Ent-
waffnungsgesetzes beriet am Sonnabend in vielstündiger Sitzung
über die ersten Ausführungsbestimmungen für das Gesetz. In
der allgemeinen Aussprache wurde von den Sozialdemokraten
sogar die Frage der „Orgesch“ angeschnitten. Von deutschnationaler
Seite wurde darauf verwiesen, daß der Reichskommissar
mit dieser Organisation nichts zu tun habe, da es sich um einen
Berein handle. Das Verlangen, gegen sie vorzugehen, sei ebenso
unangehörig wie das Vorgehen des preussischen Ministers des
Innern und der Oberpräsidenten, die durch ihre Maßnahmen das
Koalitionsrecht breiter Schichten der Bevölkerung beeinträchtigen.
Die bürgerliche Mehrheit und der Vorsitzende erklärten
an, daß die Beratung und Entscheidung dieser Frage nicht zur
Kompetenz des Beirats gehören. Nach eingehender Beratung
wurde die Bestimmung gestrichen, die erneut die eidesstattliche
Versicherung des Anmeldeenden verlangte. Auf deutschnationalen
Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemo-
kratischen Fraktionen die Bestimmung eingefügt:

Für einzeln liegende Gemeinden und Gehöfte sind vor
ihrer Entwaffnung die zu ihrem Schutz erforderlichen Maß-
nahmen zu treffen.

Zum § 5, der festsetzt, wofür die Waffen abzuliefern sind,
wurde eine Abänderung beschlossen, die dem Reichskommissar das
Recht gibt, diese Stellen zu bestimmen, sofern er die Orts-
behörden nicht als die geeigneten Stellen ansieht. Der Entwaff-
nungs-Kommissar Dr. Peters gab hierbei die Erklärung ab, daß
er den Beirat über seine Maßnahmen und den weiteren Gang der
Dinge auf dem laufenden halten werde. Schließlich wurde noch
festgesetzt, daß Mitglieder von Organisationen, deren Vorstand
oder Leitung bereits zur Anmeldeung der Waffen verpflichtet sind,
nicht ihrerseits noch einmal eine besondere Anmeldung zu er-
statten haben sollen. —

Die Ausführung der Entwaffnung.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung erläßt auf Grund des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung mit Zustimmung die vom Reichstag gewählten Weirats folgende „Erste Ausführungsbestimmung“:

- § 1.
Als Militärmaschinen sind anzusehen:
a) Neuzzeitliche Geschütze sowie Minenwerfer und Vorrichtungen, die zum Werfen von Sprengkörpern oder Gasbomben bestimmt sind, aller Art.
b) Granatwerfer, Flammenwerfer, Gewehrgranatenwurfbecher.
c) Maschinengewehre jedes Systems und Maschinenpistolen.
d) Militärmaschinen, Karabiner, Laufgewehre, soweit für sie als Munition ein Kollern- oder Mantelgeschloß aus Hartmetall oder ein Sprenggeschloß verwendet wird.
e) Armeerevolver.
f) Gewehrgranaten, Wurf- und Handgranaten jeder Ausführung.

- § 2.
Als wesentliche Teile von Militärmaschinen sind anzusehen:
a) bei Geschützen: Rohr, Verschluß und Richtvorrichtung,
b) bei Minenwerfern: Rohr und Rücklaufbremse,
c) bei Flammenwerfern: Ringfessel und Gaszylinder,
d) bei Maschinengewehren: Lauf, Schloß und Zuführer,
e) bei Maschinenpistolen: Karabiner und Gewehre: Schloß und Lauf,
f) bei Armeerevolvern: Trommel und Lauf.

Als „Munition für Militärmaschinen“ sind anzusehen: Sprengkörper, Zünder, Sprengkapseln jeder Ausführung sowie jede für die im § 1 aufgeführten Waffen bestimmte Munition.

§ 4.
Sämtliche Vereinigungen, die selbst oder deren Mitglieder in dieser Eigenschaft Militärmaschinen oder Munition im Besitz oder Gewahrsam haben, müssen diese bis zum 1. Oktober 1920 bei den zuständigen Landes- (Bezirks-) Kommissaren unter Angabe des Ortes, wo sich die Waffen befinden, der Art ihrer Aufbewahrung sowie ihrer Zahl und Art anmelden. Ort und Zeitpunkt der Ablieferung bestimmt der Reichskommissar.

Der gleichen Anmeldepflicht unterliegen die im Besitz oder Gewahrsam von Privatpersonen oder Firmen befindlichen Militärmaschinen.

- a) im Falle des § 1 a bis c ohne Rücksicht auf die Zahl,
b) im Falle des § 1 d bis f bei einer Anzahl von 10 Stück und darüber,
c) im Falle des § 2, soweit es sich bei Geschützen und Minenwerfern um mindestens 20 Stück und bei Handfeuerwaffen um mindestens 500 Patronen handelt.

Die Anmeldung im Falle des Abs. 1 hat durch den Vorstand oder durch die Leitung, im Falle des Abs. 2 durch den Besitzer oder Gewahrsamsinhaber zu erfolgen.

§ 5.
Die Militärmaschinen, wesentliche Teile von Militärmaschinen und die Munition für Militärmaschinen sind vorbehaltlich der Bestimmung im § 4 Abs. 1 in der Zeit vom 15. September bis zum 1. November 1920 einschließlich an die im § 6 bezeichneten Stellen abzuliefern.

Die Ablieferungspflicht erstreckt sich auch auf solche Personen, die auf Grund eines Waffenscheins Militärmaschinen, abgeänderte Militärmaschinen oder wesentliche Teile von diesen im Besitz oder Gewahrsam haben.

Für einzeln liegende Geschütze und Gemeinden sind vor ihrer Entwaffnung die zu ihrem Schutz erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Von der Ablieferung der Waffen ist nur die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufs mit Waffen versehene Beamtenchaft befreit.

§ 6.
Die Ablieferung kann bei jeder Ortsbehörde erfolgen, soweit nicht der Reichskommissar oder die Landes- (Bezirks-) Kommissare anderweitige Anordnung treffen.

Die abzuliefernden Waffen sind unzerstörlich zum Gebrauch untauglich zu machen und an die vom Reichskommissar bestimmten Stellen abzuführen.

§ 7.
Wer von Waffen- oder Munitionslagern im Sinne des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 Kenntnis hat oder erhält, hat unverzüglich dem zuständigen Landes- (Bezirks-) Kommissar Anzeige zu erstatten. Die Anzeige hat Ort und ungefähre Größe des Lagers sowie den Namen des Besitzers oder Gewahrsamsinhabers zu enthalten.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Mitglieder derjenigen Vereinigungen, für welche die Waffenanmeldung durch § 4 Abs. 1 schon vorgeschrieben ist.

§ 8.
Diese Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Westpreußens Silberuf.

In einem Artikel „Was sagt Amerika?“ schildert die sozialdemokratische Danziger „Volksstimme“ jenes weltgeschichtliche Unrecht, das in Versailles an den jetzt losgerissenen Ostdeutschen verbrochen wurde. Wir entnehmen dem sehr eingehenden Artikel, den wir der Beachtung durch die nordamerikanische Regierung und Arbeiterpresse empfehlen, folgende Sätze:

Wir Westpreußen wurden im vorigen Jahre eben durch die Teilnahme Amerikas bei den Friedensverhandlungen um unser vorher anerkanntes Recht der Selbstbestimmung gebracht. Wir hatten erwartet, daß das amerikanische Volk das Wort seines Präsidenten erfüllen würde, daß allen Völkern der Welt die Freiheit gegeben würde, über sich selbst zu bestimmen. Uns allein wurde dieses Recht verweigert.

Das Volk Amerikas, so groß geworden durch den Gedanken der Freiheit, den es einst im Augenblick der Bedrückung als kostbares Gut festhielt, und jung geblieben durch den Mut, der frei von Formeln an jedes Menschengemüß herangeht, wird diesen Schrei hören und aufnehmen als Ruf aus tiefster Not, der in der Fremde zu hassender Tat der Freund schon erstand. Niemals ist es zu spät einzusehen, daß ein Irrtum begangen wurde, ein schmerzlicher Fehler in eine sonst löbliche Rechnung sich einschlich. Und niemals zu früh kommt der Augenblick, da geschicktes Unrecht aufgemacht wird nicht durch pomphafte Gebärde bedauernden Wortes, sondern durch die alles wieder ins rechte Maß rückende Tat. So glauben wir fest: das Volk Amerikas wird verstehen, wie wir hoffend und mutig über das Wasser, das uns trennt, sehen und auf den Ruf warten, der von drüben in unser altes Europa zu den Staaten des Völkerverbundes klingen wird: Hier liegt das Recht, hier gibt dem Volke sein Recht!

Wilson ist nach Erklärung seines Artges wieder gesund. Das Volk Amerikas, das die Weltkriegsfrankheit nie gleich schwer zu tragen hatte wie wir, mag diesen Notschrei nicht ungehört verhallen lassen!

Wirtschaftliche Rundschau.

Die am Ende der vorigen Berichtswochen beobachtete kleine Erholung auf dem Valutamarkt war nur vorübergehender Natur: unaufhaltsam kletterten die Kurse und sank damit der Wert der Mark:

	Friedenspreis	am 12. Aug.	am 19. Aug.
1 Dollar	4,20	45,30	50,07 ^{1/2}
100 Gulden	170,00	1508,50	1648,85
100 Franc (Paris)	81,00	331,50	359,60
100 Kronen (Stockholm)	112,50	949,00	1031,50
1 Pfund (London)	20,48	168 ^{1/2}	181,80

Maßgebend ist vor allem die politische Lage, die die Importeure ausländischer Waren wie auch vorsorgliche Hamsterer „für alle Fälle“ Devisen kaufen heißt, insbesondere bestimmten die Vorgänge in Skottland den Markt. Es ist klar, daß diese politische Lage vom Ausland ebenfalls ungünstig beurteilt werden muß, wo viele Spekulant ihren Besitz an deutschen Banknoten an den Markt geworfen haben werden. Zurzeit liegt aber der deutsche Kurs ungünstiger als im Ausland, wo die Mark doch noch etwas höher bewertet wird. Verschärft wird der ungünstige Kursstand im Inland laut „Frankf. Bzg.“ durch den Beginn der Getreideverfrachtungen, nachdem die Freigabe von Weizen in Aussicht ist. Auch soll die Reichsbank im September größere Zahlungen nach England leisten müssen. — Hand in Hand mit den Devisen stieg der Preis für Silber von 1155 auf 1350 Mark — (d. h. für 1-Mark-Stück circa 6,50 Mark) und für goldene 20-Mark-Stücke auf 215 Mark! — Dasselbe Bild zeigt auch der Markt ausländischer Produkte (Weis, Baumwolle u. a. m.). In Anbetracht des letzten Ausweises der Reichsbank ist diese Bewegung nicht weiter verwunderlich: an Stelle sonst üblicher Verminderung des Notenumlaufs nach dem Wertjahresabschluss haben wir dessen weitere Steigerung von 55,7 Milliarden am 31. Juli auf 66,1 Milliarden am 7. August, so daß an diesem Tage für 69 850,5 Millionen papierne Wertzeichen, die tatsächlich mit nur 1 Milliarde Gold gedeckt sind, im Verkehr waren. Gerade diese Tatsache ist besonders wichtig für die Beurteilung unserer Wirtschaft: sie zeigt mit fürchterlicher Deutlichkeit, welche einen Gegenstand unser Wirtschaftsleben zurzeit darstellt! Wie lange wird die Notenpresse noch arbeiten können? — Die Priester des goldenen Kalbes an den Börsen kümmern sich aber nicht oder nur wenig. Hier voranläuft ein glänzender Abschluß, die Aussicht — sogar auf Riesengewinne (!) eines Unternehmens, daß das eine oder andre Papier gekauft wird und dadurch im Preise steigt. Nach ein oder zwei Tagen flaut das Interesse ab, um auf ein andres Papier gelenkt zu werden. Günstige Berichte über Geschäftslage und Gewinne von Aktiengesellschaften sind ja stets in Menge zu haben, es fehlt also nicht an Umwechslung! Ansehend hat aber das große Publikum wenig Neigung zu spekulieren. U. E. mit Recht: Denn die Kurse haben zum Teil berart schwindelnde Höhen erreicht, daß sie nach dem innern Wert und der Verzinsung, die gemäß der Dividende auf die Aktien entfällt, bereits stark übertrieben zu sein scheinen.

Industrie und Handel wittern Morgenluft. Sollte die Kurssteigerung auf dem Valutamarkt anhalten, so stehen für sie bessere Aussichten auf Export zu erwarten, allerdings auch Preisfestsetzungen im Inland, die aber der Konsument wieder zu tragen haben wird! — Erwähnt sei noch die neuste gewaltige Emission (Ausgabe neuer Aktien) durch die „A. G.“, die ihr Kapital von 300 Millionen auf nicht weniger als 550 Millionen erhöhen will! Die Freude über die Unternehmungslust dieser Gesellschaft wird stark behattet durch die Tatsache, daß hier eine unserer führenden Gesellschaften einen Kapitalbedarf aufweist, der mit Recht von führenden Wirtschaftszeitungen als „bedauerlich“ bezeichnet wird. — Die allernächste wird voraussichtlich nicht nur Entscheidung der politischen Lage bringen, nicht nur die Preisgestaltung auf dem Markte der Bedarfsgegenstände entscheidend beeinflussen, sie kann auch angetan sein, eine Krise im wirtschaftlichen Leben zu zeitigen, die, wird nicht das Steuer noch im letzten Augenblick herumgeworfen, geradezu vernichtend wirken müßte!

Notizen.

Die Waffentransporte. Ueber das Ergebnis der am Montagabend im Reichskanzlerpalais unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Lehrenbach stattgefundenen Besprechung der amtlichen Stellen mit den Vertretern der Arbeiterkassas wird mitgeteilt: Es ist darüber volle Einigung erzielt worden, daß die für Neutralitäts- bzw. geschwellige Zwecke bestimmten Transporte angehalten werden. Durch Zulassen sind jene Transporte, die Deutschland auf Grund des Friedensvertrags verpflichtet ist, fahren zu lassen, also auch Waffen- und Munitionslieferungen, deren Inhalt

an die Bestimmten auszuliefern bzw. gerichtet werden soll. Ferner sind die für die Reichswehr und die Gips bestimmten Transporte durchzulassen auf Grund einer von Fall zu Fall durch eine besondere Kommission zu erzielenden Genehmigung. Vertreter der Arbeiterkassas werden zu dieser Kommission herangezogen und werden über die Erstellung dieser Genehmigungen mitberaten und miteinhalten. Besondere Meldepflichten sollen zur strikten Durchführung dieser Abmachungen eingerichtet werden.

Der Hamburger Verkehrsstreik beendet. Nach fast achtwöchiger Dauer ist der Hamburger Verkehrsstreik beendet worden. Auf Veranlassung des hamburgischen Senats sind Verleihungsverhandlungen durch den Wirtschaftsrat Groß-Hamburgs geführt worden, die am Montag nachmittags zu einer Einigung führten. Die Arbeit wird am Mittwoch früh wieder aufgenommen. Es wird eine Wirtschaftsbefähigung im Betrage von durchschnittlich 100 Mark gezahlt. Maßregelungen und Entlassungen dürfen nicht stattfinden. Bei den Verhandlungen wurde leitens der Leitung der Verkehrsbetriebe betont, daß ohne eine erneute Tarifverhandlung Zulagen nicht bewilligt werden könnten. Da die Forderungen der Streikenden, ebenso wie die Tatsache als rechtlich anerkannt werden mußten, blieb nichts anderes übrig, als die erforderlichen Mittel vom Staate als Zuschüsse anzufordern. Der Vertreter des Senats erklärte, daß die Arbeiterkassas und der Senat zweifellos zu dieser Maßnahme ihre Zustimmung geben würden, worauf der obengenannte Vergleich geschlossen wurde.

Nach ein deutsches Land losgerissen. Am 31. Juli wurde von der tschechoslowakischen Republik die Umgehung der niederösterreichischen Stadt Gmünd, ein Gebiet mit 10 000 Einwohnern, besetzt. Dadurch sind auch die dortigen Organisationen von der deutschösterreichischen Partei und den Wiener Gewerkschaftsverbänden losgerissen worden und suchten nunmehr Anschluss an die proletarischen Organisationen in der tschechoslowakischen Republik. Der erste Beschluß ihrer Konferenz war ein Protest gegen den Völkerschacher der Entente. — Nicht an der deutschen Grenze bei Oberberg lag bisher die Gemeinde Dörfel. Sie heißt fortan — Preboz und dieser Name ist gleichzeitig für „unabsehbar“ erklärt.

Die U. S. B. schießt aus! Im Hamburger Metallarbeiter-Verein ist wie an dieser Stelle gemeldet, die U. S. B.-Ortsverwaltung zum Rücktritt gezwungen worden. Die Versammlungen, die zur Stellungnahme über die Neuwahl stattfanden, ergaben das Bild, daß der radikale Flügel der U. S. B. die Einstellung einer reinen U. S. B.-Ortsverwaltung mit Ausschlußtendenzen an die Hallische Aktionäre wollte, während ein anderer Teil der U. S. B., darunter ein Teil der bisherigen Gewerkschaftsführer, bereit war, in eine paritätische, aus beiden Parteien zusammengesetzte Ortsverwaltung einzutreten. Demnach wurden zwei Listen zur Neuwahl, die in diesem Monat stattfinden, aufgestellt. Der Vorstand der U. S. B. Groß-Hamburgs hat darauf, wie das U. S. B.-Organ heute mittag mitteilt, beschloßen, das Ausschlußverfahren gegen alle jene U. S. B.-Genossen einzuleiten, die sich an der Bildung einer paritätischen Ortsverwaltung aktiv oder passiv beteiligen wollen. Vernünftige Leute haben also anscheinend in der U. S. B. keinen Platz mehr. Das zeigt sich deutlich auch an dem Ausschluß von Heinrich Ströbel, der vor einigen Tagen erfolgt ist. Wenn die U. S. B. so weitermacht, wird der kleine Rest von Leuten mit selbständiger Meinung sich bald selbst aus dieser Partei ausschließen.

Depeschen.

Der russische Rückzug.

B. T. B. Kopenhagen, 23. August. Nach einem Telegramm aus Warschau befragt der polnische Heeresbericht: Die feindlichen Truppen, die zwischen der Weichsel und der deutschen Grenze eingedrungen waren, befinden sich in völliger Auflösung. Mawa ist genommen. Die feindlichen Abteilungen sind vollständig abgeschnitten. Der Feind verlor 10 000 Gefangene, eine ungezählte Menge von Geschützen und andres Kriegsmaterial. In der mittleren Front haben unsere Truppen die Linie Ostrow-Czyrowezki erreicht. An der südlichen Front befindet sich der Feind im schnellen Rückzug. Bei Lemberg haben wir eine Gegenoffensive gegen bolschewistische Kettler begonnen. (Mehr als 10 000 Russen sind über die deutsche Grenze gekommen, entwaffnet und interniert worden. Red.)

Der Generalstreik als letztes Mittel.

B. T. B. Deutchen, 24. August. Die Deutschnationale Volkspartei, die Katholische Volkspartei (Zentrum), die Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei, der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund (freie Gewerkschaften), die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), der Deutsche Gewerkschaftsbund (christliche Gewerkschaften), der Gesamtverband deutscher Angestellter-Gewerkschaften, die Christlich-Deutschen Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund der Angestellten erlassen folgenden Aufruf an die oberösterreichische Bevölkerung:

Unser oberösterreichische Heimat ist in tiefster Not, Deutsche und Polen stehen sich gegenüber. Bruderblut ist geflossen. Die Sühne der Verbrechen gehört vor die Gerichte. Wir wollen Frieden. Die Interalliierte Kommission sicherte uns zu Ruhe, Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen. Wir forderten am 21. August und General Gracior sicherte uns zu:

1. Restlose Entwaffnung der Bevölkerung ohne Rücksicht auf die Nationalität;
2. Aufhebung des Belagerungszustandes, soweit die Verhältnisse es gestatten;
3. Einziehung deutscher und polnischer unbewaffneter Arbeiter zur Wiederherstellung des Friedens;
4. Verhütung der Gemalitäten aller Art.

Die Bewaffnung polnischer Banden schreitet dennoch fort. Sie rissen die Gewalt an sich und mißbrauchen sie. Dem muß ein Ende gemacht werden. Die geführgemäße Gewalt muß sofort wiederhergestellt werden. Das ist unsere einzige Forderung. Sie wird heute der Interalliierten Kommission unterbreitet werden. Wird sie nicht erfüllt, dann sind wir entschlossen, den Frieden zu erzwingen durch den Generalstreik. Haltet euch bereit, wartet auf den Ruf eurer Führer! Es gibt unsre Heimat! —

Bei rückgängigen Preisen

kauft der Kluge nur das Beste, denn das Schlechte wird wertlos. Nehmen Sie daher für Ihre Schuhe nur

Dr. Gentner's Schuhputz Nigrin mit Banderole

denn er ist aus reinem Terpentinöl ohne Ersatzstoffe hergestellt, erhält daher die teuern Schuhe weich und dauerhaft und glänzt auf den ersten Bürstenstrich.

Dr. Gentner's Rotstern Bleichsoda ist zum Putzen und Einweichen der Wäsche unübertroffen.



Die gute Zigarette Bonitas

Optima
Kabarett
Extra
rein orientalisches

Buchen-Brennholz
prima trocken 1207
in Sägestücken oder offenfertig gespalten
liefert prompt von 10 Zentnern aufwärts
Carl Wiemann
Kohlenhandlung, Brennholz-Spalt- und -Sägewerk
Fornru 7824. Rogätzter Str. 22

Urbini Putz
ich mach' nicht viele Worte:
Urbini putzt glänzend jede Ledersorte!
Ich hab' die gute Schuh-putz
in Gassen überall erhältlich. Fabrik Urbini & Lomni, Charlottenburg
Vertreter: Kurt Schwedtfeger, Magdeburg-W., Kantstraße 4.

Papier-Fahrradbereifung
Gummiering 143
100.000 fady bewährt, 1 Jahr Garantie, leichter, geräuschloser Gang, wie auf Vollgummi, keine Reparaturen, kein Aufpumpen, bei jeder Witterung gebrauchsfähig, unempfindlich gegen Säure, Öl, Scherben, Steine, verwendbar für Fahrräder aller Art mit Stahlreifen. Man sende uns die Räder unzerpackt per Post, Rücksendung nach 24 Stunden. Preis aufmontiert mit 2 Kautschukreifen, bei Selbstmontage mit 30,00, Reparaturzuschlag 50%. Pappschrauben, Wert 10,00.
Wann & Co., Dresden 5.

Möbel-Ausstellung
in 4 Stagen
Verkauf geg. Barzahlung.
Auf Wunsch
bequeme Zahlungsweise
Möbel für 350 M., Anz. 70 M.
Möbel für 650 M., Anz. 125 M.
Möbel für 1070 M., Anz. 200 M.
Möbel für 1280 M., Anz. 260 M.
Möbel für 1525 M., Anz. 325 M.
Möbel für 1850 M., Anz. 375 M.
Möbel für 2050 M., Anz. 400 M.
Möbel für 2480 M., Anz. 600 M.
usw. 138.
Wohn-, Schlaf- und Herrenzimmer
aparte Küchen - Einzelmöbel.
Verkauf zu billigen Preisen.
Spezialhaus für Möbel-Ausstattungen
A. Friedländer
Alte Ulrichstraße 11
Versand nach allen Orten

Billiger Saison-Ausverkauf!
Ein Posten 1762
eleg. Anzüge
jezt 275 u. 340 Mr.
und höher,
für Knaben von 40 Mr. an.
Antertig. nach Maß
gute Stoffe, gute Verarbeitung, 600 Mr. und höher.
Geftr. Hosen zu bill. Preisen.
Sieverlings
Etagegeschäft,
17 Jakobstraße 17.

Neue Kurse vom 1. Oktober ab
2 Minuten vom Bahnhof entfernt
BRUCK'S
Jahreskurse
Halbjahreskurse
in landw. u. km. Buchführ., Handels-Briefwechsel, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, Englisch und Französisch.
Kaufmännische Privatschule
von
Alfred Bruck Jenny Bruck
Kaufmann wissenschaftl. geogr. Lehrerr
Magdeburg, Wilhelmstr. 1. Fernspr. 1242.
Jedes vorstehend angeführte Unterrichtsfach kann auf beliebige Dauer einzeln belegt werden.
2 Minuten vom Bahnhof entfernt

Chemisch-Reinigen von Kleidungsstücken
jeder Art ohne Einbuße an Fassung u. Farbe sowie
Gardinen-Waschen und -Spannen auf neu
1793 in spätestens 8 bis 10 Tagen.
Eigene Läden: Breitenweg 271, Kaiserstraße 13 (Eing. Wilhelmstraße), Jakobstraße 39, Johannisberg 15, Hauptwache 2, Gr. Diesdorfer Straße 229, Hohenfortstraße, Schönebeker Straße 26, Halberstädter Straße 111 (Eingang Rottendorfer Straße).
Färberei Leis Nachf.
Fabrik: Gr. Diesdorfer Straße 86. Fernsprech-Anschluß 1105.

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Borge Radikalmittel
Nicodan, Erfolg verblüffend - Restlose Verilgung.
Beste Zeit zur Brutverrichtung.
Kinderleht anzuwenden, altbewährt. - Doppelpackung.
Verkauf: Drog. Knaebler & Ulrich, Gr. Miltzstraße 19, in Burg Hirschdrogerie, Ferdinand Schröder, K299.
Bitte ausdrücklich nur „Nicodan!“ zu verlangen.

H. Sittore
Kognat-Weinbrand
Kognat-Verschnitt
Schwarzwälder
Rieschweiger
Sweischenwasser
Wachtbl. - Beantwofen
biberle Meise
Hinkische
Frucht-Eimonaden
offertiert billig 11850
H. Schilder Nachf.
Elbbratit u. Weinhandlg.
Gr. Münzstr. 11
1. Laden von Ede Malterit.
Fernsprecher 1213.

Jetzt wieder geöffnet!
Sorgers Gelegenheitskauf
3 Jakobstraße 3 3 Jakobstraße 3
1775 Große Auswahl in
Herren-, Damen-, Knaben- und Kinder-
Anzügen sowie Hosen u. Arbeiter-Konfektion
zu besonders günstigen Preisen.
3 Jakob-
straße 3 **Sorgers Gelegenheitskauf** 3 Jakob-
straße 3

Perladin
die Perle der Schuhputzmittel
kaufen Webereiverkäufer jeder Art ohne Zwischenhandel
am vorteilhaftesten im Fabriklager bei 3260
Kurt de la Porte
Meiniger Vertreter für Magdeburg. Kontor und Lager:
Berliner Straße 2, Hof geradegu. - Telefon Nr. 5336.

Gegen Würmer!
Spul- und Madenwürmer
wirksame Spezialmittel
für Erwachsene und
Kinder. 1878
Hof-Apotheke
Breitenweg Str. 158
am Ulrichsbogen.

Der Naturkauf Reform-
an ungeahnt. Bill. Pr. 7,50 A.
Bülg Verlag, Leipzig, 1158

Schebler & Kupfer
Berlin C 25
- Dirschstraße Nr. 42 -

Eich. Waschfässer
in folgenden Größen: 115, 120,
125, 130, 135, 140, 145, 150 cm.
Liefer prompt und preiswert
Friedr. Gadau, Hundsbürg,

Otto Schlangstedt
Installations-Geschäft
elektr. Licht- und Kraftanlagen
neu und Reparaturen
Billigste Preis - Berechnung.
Johannisberg 4, 1 St.
Eing. Kl. Junferstr.

Billige Stoffe!
FaB, Textilwaren
Bismarckstraße 48, 1.

Radfahrer
billige Reifen sind nur scheinbar billig; wer sie fährt, betrußt sich und nimmt sich den Genuß des sorglosen Fahrens. - Erfahrene Radler wissen dies längst und kaufen nur in großen Prüfungen bewährte Marken. Ein außerordentlich dauerhafter und leichtlaufender ist der
POLACK REIFEN
Seit Jahren steht er mit obenan

Guaßma
Kautabak
- die beste Qualität -
Ulter Nordhäuser
zu haben in jeder Menge
Gustav Abler
Breitenweg 187.

Wichtige Stoffe!
Schlafzimmer, Küchen,
Sofa, Kaffeezimmer, Einzel-
und Kindermöbel sehr
preiswert. B. Dießing (Geb.
1816, Babeln, Dresden) Regierstr. 4.

Hauschuhe u. Pantoffel
habe stets auf Lager und gebe
zu Original-Fabrikpreisen ab.
Carl Krebs Magdeb.-Laden,
Lang. Weg 58, 1.
Räumungsverkauf
in Handleiterwagen
1, 3, 4, 5, 8 Zentner Tragkraft
v. 25 bis 60 am
Durchmesser,
einmal u. teilweise abzugeben.
Rogge, Schenkendorferstraße 17, 1.
Herrenrad mit Freilauf u.
1a. Gummi hat preisw. abzug.
Färber, Blaubellstr. 3, 1a.

Kaufen Sie jetzt!
Während der
Sommerzeit
verkaufe ich sämtliche
gebildeten 1791
Belzwaren
zu ganz erheblich
billigeren
Sommer-Preisen
wie folgt:
Schwarze Pelze,
mod. Fuchsfurm,
sehr schön im Haar
Sommerpreis fest 135
Braune und blaue
Pelze
sehr aparte Formen 285
Sommerpreis fest
Mastwürste
Sommerpreis fest 350
Blaue Würste
Sommerpreis fest 490
Kreuzwürste
Sommerpreis fest 575
Bobellwürste
Sommerpreis fest 690
Silber. Würste
Sommerpreis fest 950
Stuntsmuffen
Sommerpreis fest 490
Ferner:
Polar- und Blauwürste
sowie Stunt-, Marder,
Zitis, Hermelin, Herz,
Seal, Perlfauer
zu sehr niedrigen
Sommer-Preisen.

Wegen Aufgabe
des Geschäfts zum 1. Oktober
verkaufen wir
zu
herabgesetzten
Preisen
1761
Möbelhaus
Wilhelmstadt
Gr. Diesdorfer Str. 226
: Ecke Matthiffonstraße :
10 große Schaufenster

Zähne!
Einsetzen künstlicher Zähne
mit und ohne Gummiplatte,
den natürlichen Zähnen täu-
schend ähnlich, zum Essen und
Sprechen vollkommen geeignet.
Goldkrone usw., Plomben,
Zahnoperationen mit lokaler
Betäubung.
Amarbeitung schlecht fien-
der Gehäuse, Reparaturen usw.
Billige Preise. 1914
Zahn-Praxis
Adolf Fuhrmann,
Alte Ulrichstraße 8.

Mähmaschine
gebraucht, zu kaufen gesucht.
Lieber, Peter-Paul-Str. 32, 5.1.
Geb. Instrument in
vergepfeilt. Repar.
in einer Werkstatt.
1509 Musik-Kaufmann
Halberstädterstraße
Bismarckstr. beste
Bezugsquelle.
Franzportable Grube 2. u. 1a.
Gubenburg, Bergstraße 4, 11.

Gegen unreines Blut!
1878
Segrega-Pillen
Hof-Apotheke,
Breitenweg 158,
am Ulrichsbogen.
Rotes Blutjosa
Blutjosa, Chaiselongue
Schant u. Bertifs
eigen Bisset u. Krebenz
preiswert zu verkaufen.
Harwecke, Möbelfischerei
Georgenstraße 4.

Siegfried Loh
Webereiwaren
Magdeburg
Neuzeitliche
Dampf-Bettfedern-Reinigung
Desinfektions-Trocknungs-
Anlagen.
Schnellste u. billigste
Bedienung.
Langjährige Spezialität.
Bettfedern, Daunen, Braußausstattungen!

R. Sternou
Spezial-Pelz-
Etage-Geschäft
Magdeburg
Alter Markt 32/33.
Mit 10 Fahrvergnüg.
für auswärt. Kunden
bei Einkauf v. Mt. 300
an bei Voreignung
dieser Anzeige.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. August 1920.

U. S. P. Pleite.

Die letzten Wochen waren für die U. S. P. besonders mies. Es wollte nichts mehr klappen. In ihrem politischen Geschäft krackelte und bröckelte es beständig, es wurde jeden Tag mehr offenbar, daß diese Partei weder von gemeinsamen politischen Gedanken noch von einer festgefügt organisierten Organisation gestützt wurde. Anschauungen und Organisationsgedanke, alles Bruchwerk, Scherben. Am Sonntag hat in Magdeburg ein Bezirksrat der U. S. P. für Magdeburg-Anhalt stattgefunden, der eigentlich zu einer völligen Bankrott-anklage geworden ist. Die Scherben wurden nach Möglichkeit kleiner geschlagen. Mit besonderem Erfolg wirkte in dieser Beziehung der Vertreter der U. S. P.-Zentralleitung Koenen, Reichstagsabgeordneter und Mätkeditator. Er hat es so weit gebracht, daß der gesamte Bezirksvorstand aus dem Amt scheiden mußte. Man war ein wenig verbattert, einige Kompromißler wollten die Sache einlenken, es ging nicht mehr zu machen. Die lokalen Führer saßen vor ihrem Scherbenhaufen und suchten einen Trost. Den Trost fand am Tage darauf die „Volkszeitung“, sie schrieb: So oder so, dem Sozialismus wollen sie alle dienen. So oder so — das ist eine politische Erkenntnis.

Interessant waren schon die Verhandlungen über die Organisation. Der Verfallverfall teilte mit, daß sie im Bezirk 20 000 Mitglieder habe. Die Zahl sei „eher zu niedrig als zu hoch“ angegeben. Also man weiß gar nicht, wie es mit dem Mitgliederbestand beschaffen ist. Eine glänzende Organisation. Für das Beitragszahlen schwören die U. S. P.-Büsten nicht, der Kassierer Klage beweglich über diesen Steuerstreik. Die Kasse konnte ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, es mußte ein Darlehen aufgenommen werden, in welcher Höhe, wird schamhaft verschwiegen. In solchen Fällen beschließt eine Organisation, die von Menschen gebildet ist, die wirklich wissen was sie wollen und für ihre Sache auch Opfer zu bringen gefunden sind, Beitragserschöpfung, Extrabeitrag. Bei der U. S. P. macht man es anders. Bei ihr hat der Parteisekretär Frau selbst beauftragt, die Extrabeiträge abzusuchen. Dieser Antrag fand Annahme, ebenso ein anderer, die regulären Beiträge herabzusetzen. Man will billiger werden, damit die Leute nicht davonlaufen. Es wurde dann auch ein Antrag angenommen, der die Beiträge einem Vorschlag des Bezirksvorstandes entsprechend festsetzt. Ein richtiggehendes U. S. P.-Durcheinander. Es wurden Anträge gestellt, die sich auf Förderung der Bildungsarbeit bezogen. Abgelehnt! Wo ist Bildung nötig, wo wir mit der Mätkeditatur alles viel bequemer machen. Von Anhalt 2 wurde ein Antrag gestellt, von allen Genossen, die in der Arbeiterbewegung angestellt sind, zu fordern, daß sie angeben, wie lange sie gewerkschaftlich und politisch organisiert sind, welche Tätigkeit sie vor dem 9. November 1918 ausgeübt haben. Die ehelichen und gewissenhaften Arbeiter von Anhalt 2 ahnten vielleicht nicht, daß ihr Antrag eine Art Aufforderung an die meisten unabhängigen Führer zum politischen Selbstmord war. Der Bezirksrat stand auf der Höhe und lehnte den Antrag ab.

Der „Höhepunkt“ der Tagung war das Referat Koenens über die politische Lage. Hier wurde brav Kleinholz gemacht. Man hatte vorher verfügt, daß Sendboten in Staffeln und Köthen die improvisierten Mätkerepubliken im Namen der großen, überall herrschenden U. S. P. feierlichst wieder aufheben sollen. Die Mätkerepublik ist eine Aufgabe der U. S. P., wenn sie ein anderer „macht“, muß der Albrecht aus Halle oder ein anderer seines Formats dies Stück neuer Weltgeschichte wieder rückgängig machen. Koenen weiß auch kein anderes Mittel als die absolute und restlose Diktatur. Er sagt der Bürgerkrieg sei unvermeidlich, genau wie jeder andere Wirtkopf, der die politischen Dinge geistig nicht zu meistern vermag, und darum seine Phantasie auf die Suche nach Alibiern der Gewalt schickt. Er hat niemals die Bedeutung der Gewerkschaften begriffen und kann deshalb, unbeschwert von allen Bedenken, politische Betriebsräte fordern, die selbstständig handeln und auch eine selbstständige Organisation bilden sollen. Zwischen Koenen und den Mätkeditatoren in Staffeln und Köthen besteht nur der Unterschied, daß er redet, und zwar sehr viel, sie aber glauben, solche Reden seien auch praktisch zu befolgen, und sie müßten deshalb handeln.

Die Mehrheit des Bezirksrats war von der Rede Koenens so entzückt, daß sie einen Antrag annahm, nach dem die Betriebsräte auch politische Aufgaben erfüllen müßten. Ganz wie es Koenen wollte. Damit fiel der Bezirksvorstand, zu dem einige Gewerkschafts-Angehörige gehörten, vom Stuhl. Man wollte vermitteln, es gab ergötlichen Spetatel, half aber nichts, die politischen Betriebsräte blieben bestehen, die U. S. P. von Magdeburg-Anhalt ist daran gegangen, der Gewerkschaftsbewegung die Wurzeln mit durchschlagen zu helfen.

So oder so, schreibt tröstend die hervorragende „Volkszeitung“, dem Sozialismus wollen alle dienen. Unser Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Sozialdemokraten sind, finden freilich diesen Trost etwas kläglich. Sie meinen, Politiker können nicht sagen, so oder so, sondern sie müssen wissen, wie und wo sie marschieren. Sie dürfen nicht nur wollen, sie müssen können. Sie müssen einen Weg, ein Ziel klar erkennen, sonst verzettelt sich alle Kraft einer Bewegung.

Der Reparatur- und Abgabestreif der Hausbesitzer

Aus Mieterkreisen wird uns geschrieben: Die Hausbesitzer haben den Streik proklamiert: seit Beginn des Krieges wird keine Wohnung mehr von ihnen instand gesetzt (§ 536 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), und jetzt ist in bürgerlichen Zeitungen ein „Hinweis für Hausbesitzer“ erschienen, in dem der Magdeburger Hausbesitzerverband folgendes publiziert: „Wir bitten daher die Hausbesitzer Magdeburgs, obige Gebühren (Grundsteuer, Kanalgebühren, Wasser- und Lichtgeld) noch nicht zu zahlen und die Antwort des Magistrats abzuwarten.“

Also man macht die Zahlungen abhängig von einem Bescheide des Magistrats, der 1. ungenügend und 2. noch nicht eingegangen sei. Evident soll nämlich deswegen ein ungenügender Bescheid auf eine Eingabe eingegangen sein, weil andre Städte

mehr Verständnis für die Notlage des Hausbesitzes gezeigt haben. Und 2. hat der Hausbesitzerverband um einen 40prozentigen Mietaufschlag zur Friedensmiete gebeten, was bisher unbeantwortet geblieben sei.

Der Hausbesitzerverband schlägt eine ganz falsche Taktik ein. Wie sehr er auf schamhafter Grundlage steht, beweist seine „Arbeitsgemeinschaft“. Er will mit aller Gewalt die Entwicklung rückwärts drehen. Er hat die feste Absicht, bei der kommenden Städtewahl sich wieder in den Sattel zu schwingen, um auf der Mieterfront herumzureiten. Das beweist sein Bündnis in der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgeberverbänden. Warum wird nicht der Weg der Verständigung mit der Mietergemeinschaft gesucht? Dazu müßten allerdings erst notwendige Vorbereitungen erfüllt werden, wie es in Berlin und andern Orten auch längst der Fall ist. Hat nach Ansicht der Hausbesitzer der Magistrat den Hausbesitzern zuwenig Entgegenkommen bewiesen, so können sich ebenso die Mieter über den Magistrat beschweren. In andern Städten ist es nämlich schon gerichtlich ausgeklagt, daß die Hausbesitzer verpflichtet sind, die Mieten von den in den Grundstücken eingestellten Mieterräten entgegenzunehmen. Ein Reparatur- oder Abgabestreif der Hausbesitzer könnte danach gar nicht mehr proklamiert werden. Wir machen also den Magistrat darauf aufmerksam, falls die Hausbesitzer — wie angedeutet — verfahren, in diesen Grundstücken die Mieterräte einzurichten zur Verhütung der Mieter. Der Mieterrat oder -ausschuss hat keine gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Einrichtung ist gerichtlich zulässig. Seine Tätigkeit wird gerichtlich anerkannt. Jegliche Differenzen lassen sich dann viel reibungsloser erledigen.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Mittwoch den 24. August, abends 7 Uhr, im „Wilhelmspark“

Außerordentliche Generalversammlung.

Thema:
Spitzelsumpf und Dutschgefahr

Redner: Genosse Höring.

Ohne Mitgliedsbuch bzw. Ausweis kein Zutritt.

Auch die Frage der Instandsetzung der Wohnung käme in Fluß. Ueber die Instandsetzungszustände des Mieters veröffentlicht Wessert in der „Kopra“ Nr. 32 einen Vorschlag, der beachtenswerte Gedanken enthält. Ohne uns mit allem zu identifizieren, teilen wir hier einiges mit, um zu zeigen, wie richtig es ist, daß sich die Mietergemeinschaft um ihre Rechte bekümmert. Wessert schreibt: ... Die Mieter können ... nicht zu Trägern des Verfalls und Reparaturrisikos gemacht werden. Der Hausbesitzer kann natürlich auch nicht in die eigene Tasche greifen ... Die Instandsetzung muß verbessert werden; es bedarf eines Zusammenschlusses, nach dem die fraglichen Kosten — auf gewerkschaftlicher Grundlage — getragen werden. Hier handelt es sich um „hausliche Instandsetzungsarbeiten“. Für die laufenden Reparaturen liegt ein anderer Vorschlag vor. Wenn aber Neuzug auf dem letzten Hausbesitzerverbandstag in Magdeburg in der „Wilhelma“ selbst für einen 50prozentigen Mietaufschlag eingetreten sind, erklärt hat, dann ist es gar kein Wunder, wenn die Hausbesitzer 75 bis 100 Prozent fordern werden. Und das angesichts der drohenden Latache der kommenden Reichswohnungsteuer, die jede bewohnte Kammerlichkeit mit 80 Prozent extra bekennt.

Nein, so geht die Sache nicht. Es ist höchste Zeit, daß etwas geschieht, um Ordnung zu haben auf dem Gebiete des Wohnrechts. Miß der Mieter tiefer in die Tasche greifen, dann soll auch sein Recht erweitert werden. Neuz selbst hat in der letzten „Hausbesitzerzeitung“ Nr. 27 einen kalten Wasserstrahl erhalten, indem der Verbandsvorstand schreibt: Bei der Zusammenkunft unseres Verbandsvorstandes ist es vollkommen ausgeschlossen, daß mit der Sozialdemokratie bei ihren jetzigen Bestrebungen irgendwelche Annäherungen vorzunehmen können.

Das dünkt auch uns das Richtige. Aber auch dem Genossen Neuz muß von der Magdeburger Arbeiter- und Mietergemeinschaft gesagt werden, daß seine Ansichten niemals Gemeingut einer im sozialistischen Sinne wirkenden Einwohnergemeinschaft sein können. Der angebrochene Abgabestreif kennzeichnet so recht den Uebermut der Hausbesitzerpartei, den er durch seine Ausführungen gestärkt hat. Ohne mit der Wimper zu zucken, käme der Magistrat jedoch zu seinem Rechte, wenn er im angebotenen Sinne verfahren würde. Und die Mietergemeinschaft hat ein Recht, das zu fordern, denn eine Interessenvertretung im alten kapitalistischen Stil und Sinne muß abgelehnt werden gegenüber den Hausbesitzern sowohl als auch Neuz.

„Diskrete Aufträge“. Im „General-Anzeiger“ finden wir dieses Inserat:

Paul Altmann
übernimmt Erledigung diskreter Aufträge nach besterem Gebot und Ausland. Aufträge unter N O 851 an Ala-Saasenstein & Wegler, Magdeburg.

Paul Altmann, der in einem andern Inserat „gewandte Fachaktive“ sucht, steigt also wieder ins Geschäft. Seine Spitzelzentrale ist ausgeflogen, nun versucht er es mit „diskreten Aufträgen“ nach bestem Gebot und Ausland.

— Anmeldeung deutschen Vermögens in Polen. Der Minister des Innern hat an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet: Die Frage der Anmeldeung deutschen Vermögens in Polen dürfte gegenwärtig auch bei den Provinzialbehörden häufig aus Interessententfragen heraus angeschnitten werden. Die Reichs- und Staatsregierung steht in dieser Frage auf dem Standpunkt, daß durch das polnische Registrierungsgezet vom 4. März 1920 eine Verpflichtung deutscher Staatsangehöriger, die ihren Wohnsitz außerhalb Polens haben, zur Anmeldeung rechtsgültig nicht begründet werden kann. Sie wird auch mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinarbeiten diesen Standpunkt der polnischen Regierung gegenüber zur Geltung zu bringen. Sie ist jedoch nicht in der Lage, den deutschen Gläubigern einen Rat darüber zu erteilen, ob sie ihre Vermögenswerte in Polen anmelden sollen oder nicht. Es hat sich eine besondere private Interessentenvereinigung, der Deutsche Gläubiger-Schutzbund für Polen und Litauen in Charlottenburg, Grolmanstraße 36, gebildet, die bei der Durchführung ihrer Aufgaben in Fühlung mit den zuständigen Reichs- und Staatsministerien arbeitet.

— „Millionenschiebungen von Feueresmaterial“. Unter dieser Stichmarke brachte der „Berliner Lokalanzeiger“ eine Notiz, in der mitgeteilt wird, daß in Mitteldeutschland versucht worden sei, für diese Millionen Mark Flugzeuge nach Polen zu verschieben. Ferner soll es gelungen sein, in einer mitteleuropäischen Garnisonstadt die Verschiebung von Feueresmaterial im Betrage mehrerer Millionen zu verhindern. Andre Blätter sagen direkt, die Schiebungen seien in Magdeburg versucht worden. Und wird hierzu von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß an diesen Nachrichten kein wahres Wort sei.

— Schiedsspruch im Bäckerberuf. Der Schlichtungsausschuß Magdeburgs fällt auf Antrag des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren in seiner Sitzung am 17. August nachstehenden Schiedsspruch: „Für alle drei Lohnklassen wird ab 1. August eine Lohnzulage von 15 Mark pro Woche bewilligt.“

Begründung: Die Löhne der Bäcker sind gegen die ortsüblichen Löhne noch zurückgeblieben. Eine weitere Erhöhung ist aber in Anbetracht der Zwangslage des Bäckergewerbes und des Abbaues der Preise für die Kosten der Lebenshaltung nicht möglich. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben in einer Sitzung am 23. August diesen Schiedsspruch anerkannt. Die Löhne der Bäcker betragen ab 1. August: für Gesellen bis zu 20 Jahren 100 Mark, bis zu 24 Jahren 205 Mark über 24 Jahre alte und alle in Großbetrieben beschäftigten Gesellen erhalten 225 Mark pro Woche.

— Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Obst- und Gemüsehändler zu Magdeburg. Der Obst- und Gemüsehändlerverein zu Magdeburg veranstaltete am Sonntag den 22. d. M. im oberen Saale des „Rusthofs“ eine Versammlung zwecks Gründung einer Einkaufsgenossenschaft. Der 1. Vorsitzende Sulzbeck hatte sich eingehend geäußert über die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses, um unter Umgehung der Großhändler die Ware zu bedeutend billigeren Preisen an den Verbraucher abgeben zu können. Die Wirtschaftslage im allgemeinen und die Verunsicherung um die Existenz müsse jedem einzelnen die Notwendigkeit vor Augen führen. Ueber den Ausbau der Genossenschaft im allgemeinen äußerte sich Herr Hoffmann, während Herr Direktor Lörpe von der Mitteldeutschen Kreditbank die einzelnen Details hierzu gab. Die Genossenschaft konstituierte sich unter den zur Gründung notwendigen Statutenparagrafen, deren Befestigung der nächsten Generalversammlung vorbehalten bleibt. Die Beteiligung war eine sehr befreudigende und ist zu erwarten, daß sich noch weitere Genossen einzeichnen. Die Einzelneinzelheiten liegt bei Herrn A. Hoffmann, Leipziger Straße 67, an.

— Die Schwester von rechts. Genau wie die „Volkszeitung“ gegen die Entlarver der Spitzelkunst vorgeht, macht es auch ihre Schwester von rechts, die „Magdeburger Tageszeitung“. Unter der Ueberschrift „Das Attentat“ bringt sie einen Artikel, der den Spieß auf den Regierungsrat Haenschel behandelt. Aus dem Bericht stimmt nur ein Teil des letzten Absatzes. Wir unterstreichen diese Auslassung der wirtlichen „Tageszeitung“. Sie lautet: Man kann sich gar keine Vorstellung machen, mit welcher Unberfrorenheit und Vechselhaftigkeit die ungläublichsten Nachrichten in die Welt gesetzt werden. Da ist keine Frage zu stark und keine Gemeinheit zu groß, als daß man sie nicht dem Gelehrten nachwirft. Gegen diesen Vagen- und Schimpfabarat stehen anständige Menschen wehlos da. Proteste und Verichtigungen haben gegenüber der Verleumdungsfabrik keinen Wert. Man wendet sich angeekelt mit einem kräftigen „Pfui Teufel“ ab und überläßt die Reinigung des Augstalles dem Staatsanwalt.

Um zu beweisen, daß dieser Satz nur ihr Selbstporträt ist, bringt die „Tageszeitung“ ein paar Worte, daß der Regierungsrat Haenschel erst im November 1918 sein Amt erhalten hätte. Wir können mitteilen: Herr Haenschel war schon Regierungsrat, als die „Tageszeitung“ noch vor jedem Rat auf dem Dache gelegen hat, um für ihre gelben Schlingel um gut Wetter zu bitten. Auch ihre Haltung den Spitzelberichten gegenüber gibt den Beweis, daß sich die berehrte Schwester der „Volkszeitung“ treffend gezeichnet hat.

— Hafersloden zur Streckung des Brotmehls. Uns wird geschrieben: „Wie verlautet, beabsichtigen die Ernährungsbehörden im kommenden Wirtschaftsjahr eine planmäßige Streckung des Brotmehls durch Zusatz eines mäßigen Prozentsatzes von präparierten Hafersloden. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß unsere heimische Ernte nicht ausreicht, um die volle Versorgung der Bevölkerung mit Brot aus Weizen und Roggen zu gewährleisten, ist dieser Schritt der Ernährungsbehörden nur zu begrüßen. Die Heranziehung des Hafers zur Brotstreckung ist ganz besonders insofern zu befürworten, als diese Getreideart in Deutschland in ausreichender Menge erzeugt wird. Vorforschung mit Hafersloden haben außerordentlich günstige Resultate ergeben. Infolge des hohen Nährgehaltes der Sloden wird im Gegensatz zu den bisher verwendeten mancherlei andern Streckungsmitteln eine Qualitäts- und Gesundheitsverbesserung des Brotes erzielt, auf die ganz besonders hingewiesen werden soll. Die außerordentlich günstigen Resultate, welche man mit Hafersloden erzielt, wie es in den letzten Monaten verwendet worden ist, erzielt hat, sind bei der Verwendung von Hafersloden ausgeschlossen, da es sich bei diesem Fabrikat um ein in Spezialfabriken hergestelltes aufgeschlossenes Nährmittel von hervorragender Güte handelt. Wenn sich der Zusatz von Hafersloden zum Brotmehl verwirklichen läßt, könnte eine riesige Summe Geld dem Reich erspart werden, weil dann entsprechend weniger Weizen aus dem Ausland eingeführt werden müßte. In Frankreich wird die Ersparnis auf ungefähr 1 Milliarde Mark beziffert.“

Wir haben schon mancherlei im Brote „genießen“ müssen, versuchen wir es also auch mit Hafersloden. Allerdings erscheint auch uns dieser Zusatz etwas mehr vertrauenswürdig als Kartoffeln oder Maismehl.

— Generalkampf gegen den Wucher. Das Landespolizeiamt läßt dieser Tage Plakate erscheinen, die die gesamte Bevölkerung zu einer tätigen Mitarbeit anspornen wollen. Es gilt der Kampf gegen Wucher und Schiebertum. Gedankenlos fast hat sich das deutsche Volk daran gewöhnt, diese Worte auszusprechen, ohne sich klar zu machen, daß es die Pflicht jedes einzelnen ist, in diesem Kampfe tätig mitzuhelfen, daß jeder, der stumpf geworden von der Gewohnheit des Tages, gleichgültig beiseitesteht, eine ichwerere Verantwortung auf sich nimmt. Niemals ist an eine Gesundung des deutschen Volkskörpers, an eine Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, an eine gerechte Ausnutzung der Arbeitskraft zum Wohle von Staat und Familie zu denken, ehe es nicht gelungen ist, das Grundübel, den Wucher, auszurotten. Käthe Kollwitz hat ihr Können in den Dienst der Sache gestellt und Wilder geschaffen von packender Eindringlichkeit. Eine erbarmungslose Anklage gegen alle die, die zum Zwecke des eigenen Wohllebens, durch Preistreiberi und Schiebertum diese ganze Not heraufbeschworen haben. Im welchen Kampf es sich handelt, dafür nur eine Zahl: Nach der Denkschrift des Reichsernährungsministeriums für die Verhandlungen in Spa hat sich im Preußen seit 1914 die Kindersterblichkeit verdoppelt. Diese gewaltige Vermehrung der Sterblichkeit ist eine Folge der Unterernährung, die Unterernährung aber zum großen Teil eine Folge des Schiebertums und des Wuchers.

